

An  
LH und Finanzreferent Pühringer  
Soziallandesrat Ackerl  
die Abgeordneten zum OÖ Landtag

Die Landesgruppe OÖ des Österreichischen Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen warnt hiermit vor den Folgen der drastischen Einsparungen im psychosozialen Bereich und fordert eine sofortige Rücknahme der geplanten und bereits gesetzten Schritte.

Oberösterreich konnte sich bisher – zum Großteil zu Recht – als soziales Vorzeigeland nicht nur in Österreich sondern auch in Europa präsentieren. ProfessionistInnen, PolitikerInnen und viele andere blickten geradezu „neidisch“ auf die vielfältige Einrichtungen, die gerade im Bereich der psychiatrischen Vor- und Nachsorge in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurden. Nicht selten als Vorreiter mit anfangs umstrittenen Ideen, die sich heute niemand mehr wegdenken möchte.

Durch die handstreichartig geplanten Kürzungen, die nun drohen, ist diese Vorzeigelandschaft massiv gefährdet. Es ist zu befürchten, dass die sinnvolle Entwicklung weg von der ausschließlich stationären Psychiatrie und hin zu ambulanten (niederschwelligen) Einrichtungen rückgängig gemacht wird bzw. es mangels ausreichender Kapazitäten auf den psychiatrischen Stationen zu einer massiven Unterversorgung kommt. Auch der Bereich an anderen ambulanten Angeboten (kostenlose Psychotherapie sei nur als ein Beispiel genannt) ist zu wenig ausgebaut, um die drohende Versorgungslücke zu schließen.

Psychisch kranke Personen brauchen dringend niederschwellige Einrichtungen. Wenn wir uns nicht um diese Personen kümmern, werden sie unversorgt auf den Strassen herumirren oder in die Krankenhäuser verwiesen werden. Sind die budgetären Mittel wirklich so knapp, dass diesen Personen eine effektive Versorgung vorenthalten werden muss?  
Von niemandem wird bestritten, dass zudem die Folgekosten dieser Pläne um ein vielfaches höher sein werden, als die „Einsparung“, die damit angeblich beabsichtigt wird.

Die Landesgruppe OÖ des Österreichischen Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen fordert Sie auf, sich mit den Sozialeinrichtungen an einen runden Tisch zu setzen, um die soziale Versorgungslandschaft gemeinsam sinnvoll zu planen und weiterzuentwickeln.  
Eine Austragung von kurzfristigen „Einsparungsplänen“ auf Kosten der betroffenen KlientInnen, die auf die Unterstützung der Einrichtungen angewiesen sind, und der von Kündigung bedrohten MitarbeiterInnen ist jedenfalls aufs Schärfste abzulehnen.

Wir ersuchen Sie, als Landtagsabgeordnete, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, bei der Budgetsitzung Mitte Dezember den geplanten Einsparungen im Sozialbereich nicht zuzustimmen, damit sich Oberösterreich auch weiterhin als sozial innovativ präsentieren kann.

Für den Vorstand

Margarete Niedermayr  
Christoph Krenn